

Der BdSt- Belastungs-Check 2017

Zahlen und Fakten zur Steuer- und Abgabenbelastung

Ein Jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden – das ist der Anspruch des Steuerrechts. Der BdSt-Belastungs-Check 2017 zeigt auf, dass einiges geschehen muss, damit dieser Leitsatz weiterhin gilt.

Nur wenn sich die Bürger und Unternehmer sicher sein können, dass ihre Leistungsfähigkeit vom Staat richtig eingeschätzt wird, empfinden sie ihre Steuer- und Abgabenbelastung als fair. Das ist derzeit nicht der Fall: Ganze 87 Prozent der Bevölkerung empfinden die Steuer- und Abgabenbelastung als zu hoch. Das ergab eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Bundes der Steuerzahler. Unterstrichen wird diese Einschätzung durch die Einkommensbelastungsquote. 2017 ist diese mit 54,6 Prozent

so hoch wie noch nie. Folglich bleiben Bürgern und Betrieben von jedem verdienten Euro nur noch 45,40 Cent. Zu wenig, deshalb fordern die Steuerzahler zu Recht eine Reduzierung der Steuerbelastung.

Insbesondere Familien und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen haben immer weniger die Möglichkeit, für ihr Alter vorzusorgen oder eine eigene Immobilie zu finanzieren. Immer mehr Bevölkerungs- und Einkommensgruppen empfinden zunehmend eine Abhängigkeit von staatlichen Leistungen. Die Niedrigzinspolitik und die steigenden Wohnkosten tun ihr Übriges und bestärken das Gefühl, die Politik lasse sie allein. Es sind die Beschäftigten in Sozial-, Dienstleistungs-

und Handwerkerberufen, die zu wenig Nettoeinkommen von ihrem Bruttoeinkommen übrig haben. Auch Rentner reagieren sensibel auf die Besteuerung ihrer Renten, denn sie empfinden es als ungerecht, wenn sie eine Rentenerhöhung erhalten, diese aber unmittelbar wegbesteuert wird.

Dreh- und Angelpunkt einer gerechten Gesellschaft ist damit die Steuer- und Abgabenbelastung eines jeden Einzelnen. Mehr soziale Gerechtigkeit beinhaltet somit zwingend auch Korrekturen im Steuerrecht. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der vollständige Abbau der kalten Progression sind überfällig. Wo und wie die Politik dabei ansetzen kann, zeigt die Analyse des Bundes der Steuerzahler auf!

So viel bleibt 2017 von einem Euro

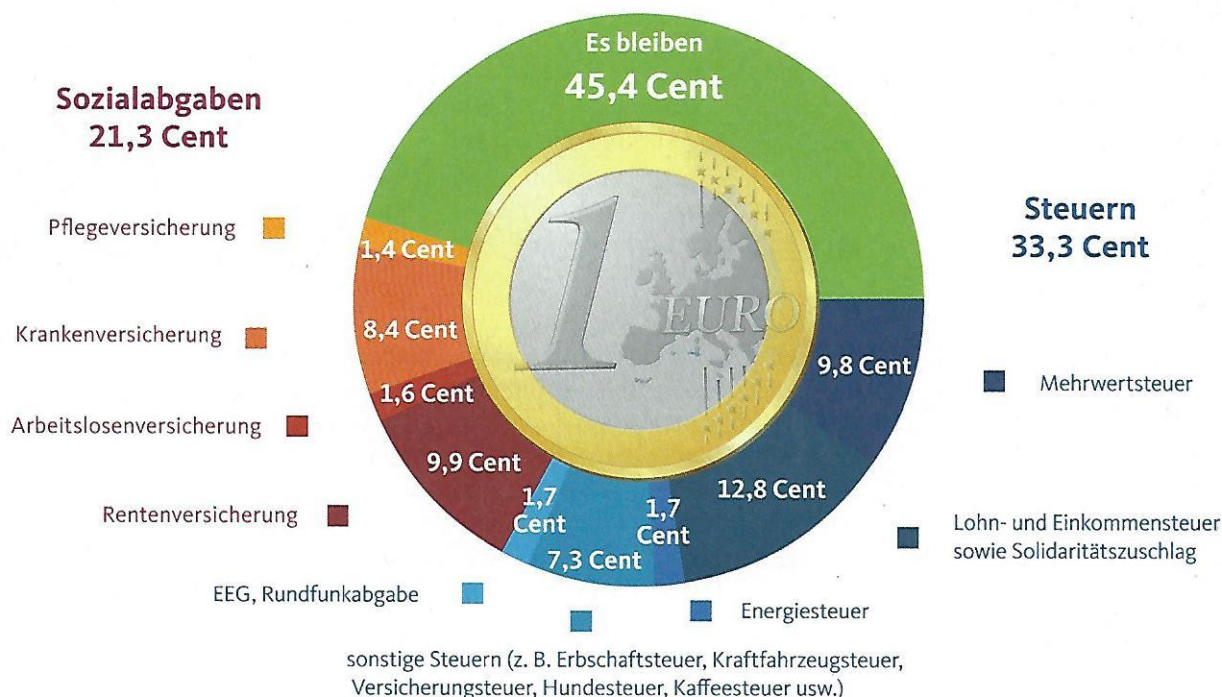


Bild: baboy/Fotolia/Ehling